Nummer 50 — Hannover, 12. Dezember 1914 — 23. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

## Die zweite Kriegstagung des Reichstags.

„Zum Kriegführen gehören drei Dinge, nämlich Geld, Geld und nochmals Geld." Dieser Satz wurde vor 250 Jahren vom Grafen Montecuccoli geprägt als Ergebnis seiner Erfahrungen im Dreißigjährigen Kriege. Er könnte aber auch von heute oder gestern sein und von den Erfahrungen im jetzigen Weltkriege abgeleitet werden. Denn der Krieg, den wir jetzt durchleben, legt nicht nur allen beteiligten Völkern, sondern auch vielen neutralen Staaten ungeheure finanzielle Opfer auf. Noch lassen sich diese Opfer nicht übersehen oder abschätzen, aber die Welt wird erschrecken, wenn einmal die Rechnung abgeschlossen wird.

In Deutschland bewilligte der zum 4. August einberufene Reichstag Kriegskredite in der Höhe von 5 Milliarden Mark. Optimisten meinten, diese Summe würde reichen oder gar den Bedarf übersteigen. Sie rechneten mit einer kurzen Dauer des Krieges, eine Rechnung, die in den ersten Kriegswochen zu stimmen schien. Inzwischen hat sich gezeigt, daß in dieser Rechnung manche Posten falsch eingesetzt waren, daß wir uns auf eine längere Dauer des Krieges einrichten müssen. Infolgedessen auch auf eine Steigerung der Kriegskosten. Die Regierung hatte deshalb den Reichstag zum 2. Dezember erneut zusammenberufen, um die Zustimmung zur Flüssigmachung neuer Mittel zu erhalten. Angefordert wurden wiederum 5 Milliarden Mark. Davon sollten 200 Millionen Mark für soziale Zwecke bereitgestellt, der Rest für Kriegszwecke verfügbar gehalten werden.

Die Beschlußfassung des Reichstages war insofern nur eine Formalität, als er tatsächlich gar nicht anders konnte, wie der Vorlage seine Zustimmung zu geben. Für die bürgerlichen Parteien erscheint das ohne Begründung selbstverständlich. Aber auch die Sozialdemokratie konnte eine andre Haltung nicht einnehmen, wollte sie nicht die Interessen der deutschen Arbeiterschaft empfindlich schädigen. Denn auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß Deutschland in diesem Kriege Sieger bleibt, und das kann es nur, wenn die Opferwilligkeit des Volkes nicht in Frage gestellt wird. Eine Niederlage in dem jetzigen Kriege würde nicht etwa nur Deutschlands militärischen Ruhm schmälern — das könnten wir ertragen —, sondern auch unsre politische Unabhängigkeit gefährden und vor allem unsre wirtschaftliche Selbstständigkeit vernichten. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Arbeiter das nicht wünschen können. Die Stärke unsrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen hat nicht zuletzt ihren Grund in der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Mit dieser fällt jene. In unsern Organisationen ist aber der Einfluß der Arbeiterklasse auf alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen verkörpert. In einem durch eine Niederlage wirtschaftlich geschwächten Deutschland wird der Einfluß der Arbeiterklasse sowohl auf alle staatlichen Einrichtungen wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete gering sein. Die Folgen sind unschwer auszudenken.

Also wir müssen im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse den Sieg wollen. Und weil wir den Sieg wollen, müssen wir auch die Mittel wollen, d. h. die für die Weiterführung des Krieges notwendigen Summen bewilligen. Deshalb begrüßen wir es, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht nur am 4. August, sondern auch am 2. Dezember für die Kriegskredite gestimmt hat. Sie hat damit die Interessen der deutschen Arbeiterklasse am besten gewahrt und ihrer grundsätzlichen Stellung zum Kriege doch nichts vergeben. Dieser grundsätzlichen Stellung hat überdies die Fraktion, wie am 4. August, so auch am 2. Dezember, Ausdruck gegeben in einer Erklärung, die vom Fraktionsvorsitzenden Haase verlesen wurde. In dieser Erklärung wird einleitend betont, daß die sozialdemokratische Fraktion gegenüber Belgien und Luxemburg noch dieselbe Stellung einnimmt wie der Reichskanzler am 4. August. Dann heißt es weiter:

Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August.

Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft.

Noch sind aber die Grenzen unsres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen.

Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen. Schon am 4. August haben wir in Uebereinstimmung mit der Internationale den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe; und es ist unsre unverbrüchliche Ueberzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, die Integrität und Unabhängigkeit andrer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben.

Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen die andern Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen.

Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Nöte zu lindern: reichlich zu sorgen für alle, die im Feldzuge ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, für die vom Feind aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbs- und arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen, sowie jede Hilfsleistung zu gewähren, die erforderlich ist, unsre Volkskraft zu erhalten; ferner die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsgegenständen zu organisieren.

Die Anregungen unsrer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen, doch muß nach unsrer Ueberzeugung auf allen diesen Gebieten noch mehr geschehen.

Wir erwarten aber von der Reichregierung auch Vertrauen zu unserm Volke, das im Kampfe für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht.

Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt, und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu erwecken.

Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen.

Wir fordern schleunigste Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reichs.

Vor der Abstimmung über die Kredite nahm der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg das Wort. Seine Ausführungen über die Ursachen und Aussichten des Krieges müssen wir hier übergehen Hervorheben wollen wir aber, daß der Reichskanzler in der nach Ausbruch des Krieges hervorgetretenen Einigkeit des deutschen Volkes die beste Bürgschaft für unsern endlichen Sieg sieht. Er sprach von dem „wunderbaren Geist, der die Herzen Deutschlands durchglüht in niegesehener Einigkeit", und er knüpfte daran das folgende Gelöbnis:

„Wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis aus dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergesunken, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Es ist wie eine Befreiung und wie eine Beglückung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer dem andern gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel. Ich brauche noch einmal die Worte, die beim Ausbruch des Krieges der Kaiser gebraucht hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Meine Herren, wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren, denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf gibt es kein politisches Leben, auch für das freieste und einigste Volk! Aber, meine Herren, kämpfen wollen wir dafür — **und ich für mein Teil verspreche es Ihnen, zu tun, — daß in diesen Kämpfen es nur mehr Deutsche geben darf.**"

Der Reichstag zollte diesem Gelöbnis lebhaften Beifall. Auch wir begrüßen es. Wir begrüßen es als das ehrliche Bekenntnis eines aufrichtigen Mannes, der mit lebhaftem Bedauern einsieht, daß ein großer, ein sehr großer Teil deutscher Volksgenossen von der Regierung und den regierenden Parteien ungerecht beurteilt und behandelt worden ist. Und wir können nur hoffen und wünschen, daß diese Erkenntnis nicht auf diesen einen Staatsmann und nicht auf die Zeit des Krieges beschränkt bleiben möge. —

## Die Gewerkschaften und der Krieg.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat Ende Oktober die dritte Erhebung vorgenommen über die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen und der arbeitslosen Mitglieder in den freien Gewerkschaften. Das Ergebnis ist in Nr. 48 des „Korrespondenzblattes" veröffentlicht. Berichtet haben alle Verbände bis auf den Verband der Dachdecker, jedoch haben nur einige Verbände für alle Mitglieder berichten können. Bei den meisten Verbänden fällt ein Teil der Zahlstellen aus; insgesamt wurde für 9432 von 11 206 vorhandenen berichtet. Von den vorhandenen Mitgliedern der Gewerkschaften wurden 91,5 Prozent, nämlich 2 111 433 männliche und 190 396 weibliche, zusammen 2 301 829, erfaßt.

Von den 2 301 829 Mitgliedern, für die Angaben vorliegen, waren 661 005 oder 31,3 Prozent bis zum 31. Oktober zum Kriegsdienst eingezogen. Bei den meisten Verbänden ist eine Steigerung der absoluten Zahl wie des Prozentsatzes der Eingezogenen seit Anfang September eingetreten. Bei einigen ist der Prozentsatz geringer geworden, weil die Zahl der Mitglieder, für welche Bericht gegeben wurde, erheblich gestiegen ist. Die Zahl der verheirateten, zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder konnte für zwei Verbände, Buchdruckereihilfsarbeiter und Metallarbeiter, mit zusammen 173 698 Eingezogenen nicht zuverlässig angegeben werden. Von den 487 307 zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern der andern Verbände waren 326 557 oder 67 Prozent verheiratet. Somit haben von den im Felde Stehenden mindestens zwei Drittel sich von Weib und Kindern trennen müssen.

Die Arbeitsverhältnisse haben sich seit Anfang September in allen Berufen, für einzelne Berufe ganz erheblich günstiger gestaltet. Von den 1 640 824 Gewerkschaftsmitgliedern, die nach Abzug der zum Kriegsdienst Einberufenen am 31. Oktober verblieben, waren 175 500 oder 10,7 Prozent arbeitslos, gegen 370 126 oder 21,2 Prozent im Anfang September. Daneben arbeiten allerdings noch 122 545 Mitglieder der berichtenden Verbände bei verkürzter Arbeitszeit. So erfreulich auch immer diese Besserung ist, darf sie uns doch nicht abbringen von der Forderung nach gesetzlicher Fürsorge für die Arbeitslosen. Denn diese Besserung wird voraussichtlich bald nachlassen. Ein Teil der Arbeitslosen hat im Oktober Beschäftigung bei Erd- und Feldarbeiten gefunden. Diese hören bei Eintritt des Frostes auf. Arbeitslose aus den Exportindustrien fanden Arbeitsgelegenheit in den Industriezweigen, die vornehmlich Arbeiten für Kriegszwecke haben. Der gute Geschäftsgang in diesen Industrien wird aufhören, wenn der Bedarf befriedigt ist oder Mangel an Rohstoffen eintritt. Die Angehörigen des Baugewerbes fanden vielfach in den Wintermonaten Erwerb in Exportindustrien, die in diesem Winter ihre Betriebe geschlossen halten. Kurz, die Aussichten für die Wintermonate dürfen nicht nach dem Stand der Arbeitslosigkeit von Ende Oktober aus beurteilt werden. Aber selbst wenn eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes und damit eine Vermehrung der Arbeitslosen nicht zu befürchten wäre, so müßte schon die Tatsache allein, daß in Deutschland 175 500 Mitglieder der Gewerkschaften, abgesehen von der großen Masse der unorganisierten Arbeiter, die zum Teil zahlreiche Familienangehörige zu ernähren haben, ohne jeden Erwerb sind, genügen, mit äußerster Energie die Schaffung der erforderlichen Unterstützungsorganisation für die Arbeitslosen zu beginnen. Hoffentlich wird ein Teil der neuen Kriegskredite für die Arbeitslosenfürsorge verwendet.

Die Gewerkschaften tun soviel sie nur können. Von den Arbeitslosen und teilweise Beschäftigten wurden aus den Kassen der Organisationen 111 529 unterstützt. Nicht alle Mitglieder, die der Hilfe bedürftig sind, können Unterstützung erhalten. Manche Verbände müssen von der Gewährung einer Unterstützung an die noch nicht bezugsberechtigten und an die ausgesteuerten Mitglieder absehen. Trotzdem sind aus den Kassen der Verbände vom 1. August bis zum 31. Oktober 12 776 940 Mk. an Arbeitslose gezahlt worden. Das ist mehr als im ganzen Jahre 1913 gezahlt wurde. Daneben haben die Gewerkschaften noch rund drei Millionen (2 935 505) Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer ausbezahlt und außerdem erhebliche Summen an sonstigen Unterstützungen. Man darf also sagen, daß die Kassen der Gewerkschaften ganz außerordentlich stark in Anspruch genommen wurden und noch werden. Dabei ist zu beachten, daß die Einnahmen erheblich sinken. Nicht nur die 660 000 zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder fehlen als Beitragszahler, sondern auch von den Zurückbleibenden gehen die Beiträge spärlicher ein als sonst. Will man nun, so fragt das „Korrespondenzblatt" mit Recht, dem kleinen dann verbleibenden Kreis der zahlungsfähigen Mitglieder die Fürsorge für die Arbeitslosen überlassen? Bei welcher andern Gruppe von Staatsbürgern setzt man in Deutschland eine solche Opferwilligkeit voraus, wie sie hier der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zugemutet wird? Ein jeder muß in dieser schweren Zeit Opfer bringen. Diese sollen aber der Leistungsfähigkeit des einzelnen entsprechen und von der Allgemeinheit getragen werden. Deswegen muß die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit fordern, daß nunmehr allgemein die Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln zur Durchführung gelangt. Eine das ganze Reich umfassende Organisation für die Arbeitslosenversicherung wird zurzeit nicht geschaffen werden können. Es ist aber möglich, durch Gesetz oder Bundesratsverordnung alle Gemeinden zu verpflichten, die Arbeitslosenunterstützung nach einem bestimmten System einzuführen und den Gemeinden, die wegen Mangels an Mitteln dies nicht können, aus der Reichskasse die erforderlichen Zuschüsse zu gewähren. In der Sitzung des Reichstags vom 2. Dezember sind 5 Milliarden Mark Kriegskredite bewilligt worden. Von dieser Summe sollen — nach der Vorlage der Regierung — 200 Millionen Mark für die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen verwandt werden. Ausdrücklich ist vorgesehen, daß Gemeinden, die aus eigenen Mitteln ihre Arbeitslosen nicht oder nicht ausreichend unterstützen können, Zuschüsse aus diesem Fonds erhalten sollen. Die Arbeitervertreter in den Gemeinden werden also darauf drängen können, daß die Gemeinden ihre Pflicht den Arbeitslosen gegenüber erfüllen.

## Generalkommission kontra „Vorwärts".

Zu unserm lebhaften Bedauern sehen wir uns heute genötigt, von einer recht unerquicklichen Auseinandersetzung zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem „Vorwärts" ausführlich Notiz nehmen zu müssen. In Nr. 47 des „Korrespondenzblattes" veröffentlicht die Generalkommission folgende

**Erklärung.**

Unter der organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins wird die Behauptung kolportiert, die Generalkommission habe sich über die Redaktion des „Vorwärts" beschwert, um den „Vorwärts" zu einer nationalistischen Haltung zu zwingen, ferner: die Generalkommission habe das zweite Verbot des „Vorwärts" verschuldet. Beide Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Wir haben deshalb mit dem Parteivorstand Verhandlungen geführt, die auch den Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisation beschäftigt haben. Leider hat es der Zentralvorstand abgelehnt, über diese Verhandlungen im Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zu berichten.

Da es nicht möglich ist, die Berliner Genossen durch ihr eigenes Blatt über die Sachlage zu informieren, bleibt uns zu unserm Bedauern nichts weiter übrig, als sie im „Korrespondenzblatt" darzulegen. Wenn

dadurch ein erheblich größerer Personenkreis Kenntnis von den wenig erfreulichen Vorgängen erhält, so ist das nicht unsre Schuld.

I.

In einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände wurde von mehreren Seiten Klage darüber geführt, daß der „Vorwärts", der doch Zentralorgan der Partei sei, vielfach, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, versagt habe.

Die Generalkommission hielt die Beschwerden für berechtigt und erklärte sich bereit, zwecks ihrer Abstellung mit dem Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts" in Verhandlung zu treten. Am 23. September d. J. fand eine Sitzung statt, an der Vertreter des Parteivorstandes, der Generalkommission, der Redaktion des „Vorwärts", der Preßkommission und des Zentralvorstandes der Groß-Berliner Parteiorganisation teilnahmen. Die von der Generalkommission gegen den „Vorwärts" vorgetragenen Beschwerden gingen dahin:

1. Der „Vorwärts" hat während der Kriegszeit, besonders aber während der ersten Wochen nach Kriegsbeginn, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht die genügende Beachtung geschenkt. Die Förderung einer umfassenden und schnellen Fürsorge für die Arbeitslosen wurde z. B. von einigen bürgerlichen Blättern früher und energischer erhoben und propagiert als durch den „Vorwärts". Beschwerden einiger Gewerkschaften gegen die Sparsamkeitspolitik der Verkehrsbetriebe und andrer öffentlicher Betriebe wurden von der „Vorwärts"-Redaktion nicht veröffentlicht.

Die „Volksfürsorge", ein Unternehmen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, hatte der gesamten Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz zur Veröffentlichung übermittelt, die den Zweck hatte, die Versicherten über die durch den Krieg herbeigeführte Veränderung der Rechtslage zu belehren und sie vor Schaden zu bewahren. Die gesamte Arbeiterpresse brachte die Notiz. Die Redaktion des „Vorwärts" lehnte die Aufnahme im redaktionellen Teile ab und stellte der „Volksfürsorge" anheim, den Artikel oder eine Umarbeitung desselben als Inserat aufzugeben.

2. Der „Vorwärts" tue nichts, um die Arbeiterschaft über das Verhalten der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften des Auslandes zum Kriege zu unterrichten. Er hat auf die zahlreichen Angriffe, die von sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsblättern, ja selbst von einigen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurden, nichts erwidert. Dadurch müßte der Eindruck erweckt werden, als ob jene Vorwürfe von uns als zutreffend anerkannt würden. Im Interesse der Würde und des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung müßte das Zentralorgan der Partei jene Angriffe ruhig und sachlich zurückweisen.

3. Der „Vorwärts" hat bei der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung in der Regel das Verhalten unsrer Gegner entschuldigt, Entgleisungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert."

In der einen ganzen Tag dauernden Aussprache über diese Beschwerden wurde seitens einiger Mitglieder der Preßkommission und der Redaktion des „Vorwärts" der Versuch gemacht, die sachliche Erörterung zu unterbinden, dadurch, daß sie den Vorwurf erhoben, die von der Generalkommission vorgetragenen Beschwerden seien nur ein Vorwand. Die wahre Absicht sei, den „Vorwärts" zu einer nationalistischen und chauvinistischen Haltung zu zwingen. Diese Unterstellung wurde von den Vertretern der Generalkommission sowie vom Parteivorstand sofort zurückgewiesen.

Zum Schlusse der Aussprache faßte der Vorsitzende, Genosse Ebert, die Hauptpunkte der vorgetragenen Beschwerden nach Inhalt des Protokolls wie folgt zusammen:

„1. Der „Vorwärts" soll die Interessen der deutschen Partei gegen Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes vertreten.

2. Der „Vorwärts" soll sich in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.

3. Der „Vorwärts" soll mehr als bisher den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.

4. Der „Vorwärts" soll dem Chauvinismus, dem Hurrapatriotismus und allen Annexionsgelüsten entgegenarbeiten, wie das auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlangte."

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommission in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde allseitig zugestimmt.

Trotz dieser präzisen und zweifelsfreien Feststellung haben einige Mitglieder der Preßkommission bei den in ihren Wahlkreisen erstatteten Berichten, die in der Sitzung vom 23. September in bestimmter Absicht aufgestellten, mit den Tatsachen nicht zu vereinbarenden Behauptungen sich zu eigen gemacht und ihre Mandatgeber in den Glauben versetzt, die Generalkommission habe den „Vorwärts" zu einer nationalistischen Haltung veranlassen wollen.

II.

In einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins von Niederbarnim hat der Genosse Stadthagen die Behauptung aufgestellt, die Generalkommission der Gewerkschaften sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts". Die Generalkommission erhob gegen die Behauptung des Genossen Stadthagen Widerspruch und wandte sich beschwerdeführend an den Parteivorstand. In einer gemeinsamen Sitzung aller Beteiligten wurde die Angelegenheit eingehend besprochen, mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand einmütig erklärte:

„In der Verhandlung konnte nichts festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben könnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts"-Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt."

Um jeder weiteren Legendenbildung und Stimmungsmache vorzubeugen, haben wir uns zu diesen Feststellungen genötigt gesehen.

Berlin, den 16. November 1914.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

*

Von dieser Erklärung haben wir bisher nicht Notiz genommen, weil sie, wie aus der Einleitung hervorgeht, auch von der Generalkommission nicht an die weitere Oeffentlichkeit gerichtet war, sondern nur an die Berliner Genossen, ja eigentlich nur an die Leser des Mitteilungsblattes der soz. Wahlvereine Berlins, das sind die Funktionäre der Partei. Inzwischen ist jedoch die Erklärung nicht nur von vielen Parteiblättern im Reiche übernommen, sondern auch von der bürgerlichen Presse weiter verbreitet worden. Ueberdies hat die Erklärung mehrere Gegenerklärungen ausgelöst und Stoff zu allerhand Auseinandersetzungen gegeben. Deshalb sehen wir uns jetzt veranlaßt, die Erklärung auch im „Proletarier" zum Abdruck zu bringen. Gleichzeitig auch die vorliegenden Erwiderungen, um unsern Mitgliedern ein selbständiges Urteil zu ermöglichen.

Zunächst teilte die Preßkommission des „Vorwärts" mit, daß sie sich „nach nochmaliger Prüfung der gegen die politische Haltung des „Vorwärts" in der jetzigen Kriegszeit erhobenen Beschwerden" mit der Haltung des Blattes durch Annahme der folgenden Resolution einverstanden erkläre:

„Die gegen die Redaktion des „Vorwärts" erhobenen Vorwürfe können als berechtigt nicht anerkannt werden. Die Preßkommission ist vielmehr der Auffassung, daß der „Vorwärts", soweit es ihm unter den heutigen außerordentlich schweren Bedingungen möglich war, nach besten Kräften seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Partei erfüllt.

Getreu den sozialdemokratischen Prinzipien und gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse hat der „Vorwärts" auch im Kriege den Geboten der Menschlichkeit Rechnung zu tragen und sich gegen den Chauvinismus zu wenden.

Die Preßkommission erwartet von der Redaktion des „Vorwärts", daß auch in der Zukunft die Haltung des „Vorwärts" von diesen Grundsätzen bestimmt wird.

Die Preßkommission ist der Ueberzeugung, daß sie sich in ihren Entschließungen in Uebereinstimmung befindet mit der großen Mehrheit ihrer Auftraggeber, die bisher vom „Vorwärts" stets eine prinzipielle sozialdemokratische Haltung verlangt haben."

Gleichzeitig teilte die Preßkommission mit, daß der Zentralvorstand des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins der Resolution beigetreten sei.

In der Erklärung der Preßkommission befremdet zunächst die einleitende Feststellung, daß die gegen die politische Haltung des „Vorwärts" erhobenen Beschwerden geprüft seien. Die Beschwerden der Generalkommission richten sich aber in erster Linie gegen die Haltung des „Vorwärts" in gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen. Ferner läßt die Resolution die Auffassung zu, um nicht zu sagen, sie legt sie nahe, daß in den Beschwerden der Generalkommission ein Abgehen von sozialdemokratischen Grundsätzen oder gar eine chauvinistische Haltung von der Redaktion des „Vorwärts" gefordert wäre. Dieser Auffassung von der Erklärung und der Resolution der Preßkommission gab auch der Parteivorstand in folgender Richtigstellung im „Vorwärts" Ausdruck:

**Zur Richtigstellung.**

Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner Nummer vom 24. November eine Erklärung, die der Ergänzung bedarf. In der Erklärung wird an Beschwerden erinnert, die die Generalkommission der Gewerkschaften gegen den „Vorwärts" erhoben hatte. Im Anschluß daran wird festgestellt, daß die Preßkommission nach ausführlichen Beratungen sich mit der Haltung des „Vorwärts" einverstanden erklärt habe.

Es ist richtig, daß die Preßkommission sich den Beschwerden der Generalkommission gegenüber ablehnend verhalten und die im „Vorwärts" veröffentlichte Resolution angenommen hat. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß über alle Angelegenheiten des „Vorwärts" nach dem Organisationsstatut der Partei von der Preßkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande zu entscheiden ist. Der Parteivorstand ist der Resolution der Preßkommission nicht beigetreten. Er hat sie vielmehr ausdrücklich abgelehnt, weil sie selbst die wichtigsten Beschwerdepunkte vollkommen unbeachtet ließ, und weil sie den Anschein erwecken muß, als sei von irgendeiner Seite verlangt worden, daß der „Vorwärts" sozialistische Grundsätze oder zu Recht bestehende Beschlüsse mißachten soll. Das ist von keiner Seite verlangt worden; ebensowenig ist, wie damals schon ausdrücklich festgestellt wurde, von keiner Seite versucht worden, den „Vorwärts" in nationalistisches Fahrwasser zu drängen.

**Der Parteivorstand.**

Von der formalen Bedeutung dieser Erklärung des Parteivorstandes — die darin liegt, daß die Resolution der Preßkommission als die Entscheidung einer unzuständigen Instanz anzusehen ist — kann hier abgesehen werden. Ihrem Inhalt nach besagt diese Richtigstellung, daß die Generalkommission nicht verlangt hat, der „Vorwärts" solle sozialistische Grundsätze mißachten oder gar nationalistische Politik treiben oder befürworten. Die Generalkommission hat überhaupt, wie aus der oben wiedergegebenen Formulierung ihrer Beschwerden klar hervorgeht, die politische Haltung des „Vorwärts" nicht beeinflussen wollen. Die Heraushebung dieser Tatsache ist nötig, nicht nur, um den in Berlin kolportierten Behauptungen entgegenzutreten, sondern auch noch aus andern, viel wichtigeren Gründen.

Die Preßkommission hat aber nicht nur ihrer Resolution eine mindestens sehr mißverständliche Form gegeben, sondern sie hat auch die Beschwerdepunkte der Generalkommission im „Vorwärts" in einer Fassung wiedergegeben, die den tatsächlichen Inhalt der Beschwerde kaum noch erkennen läßt. Im Namen der Generalkommission sandte deshalb Genosse Legien dem „Vorwärts" eine Berichtigung. Die Redaktion fügte der Berichtigung eine längere Erklärung an, in der sie sich auf die Resolution der Preßkommission und die Billigung derselben durch den Zentralvorstand der Groß-Berliner Wahlkreise beruft, die Berichtigung des Parteivorstandes jedoch sonderbarerweise gar nicht erwähnt.

So viel über die Erklärungen und Berichtigungen, die der Beschwerde gefolgt sind. Ueber die sachliche Berechtigung der von der Generalkommission erhobenen Beschwerden kann zuverlässig nur urteilen, wer das vorgelegte Material wie auch die Einwände der Redaktion des „Vorwärts" kennt. Richtig ist allerdings, daß der „Vorwärts" während des Krieges in gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht immer führend gewesen ist — es wäre aber sehr gewagt, zu sagen, er sei es vor dem Kriege stets gewesen. Allerdings tritt während des Krieges ein Versagen schärfer hervor, weil neue Aufgaben zu lösen sind, neue Gesichtspunkte sich ergeben, neue Lösungsmittel verfügbar werden, kurz, weil sozialpolitische Fragen in Kriegszeiten absolut kein Schema vertragen.

Zu dem dritten Punkt der Beschwerde, der von der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung handelt, können wir nicht umhin, zu bemerken, daß unsres Erachtens das Schuldkonto des „Vorwärts" hier kleiner ist, als das mancher andern Parteiblätter, von der bürgerlichen Presse gar nicht zu reden. Was in den ersten Kriegswochen an Greuelgeschichten durch die Presse verbreitet wurde, war oft so wahnsinnig albern und meist so offen als Uebertreibung erkennbar, daß man es nur billigen kann, wenn ein Parteiblatt wenigstens den Versuch macht, gegen eine solche Vergiftung der öffentlichen Meinung anzukämpfen. Wir verwahren uns gegen die von unsern Gegnern verbreiteten Schauergeschichten über Greueltaten der deutschen Soldaten. Zu einer solchen Verwahrung haben wir aber dann kein Recht, wenn wir selbst die Berichte über die Greueltaten unsrer Gegner kritiklos glauben und weiter verbreiten. Die Beschwerde der Generalkommission hat übrigens mit dieser Feststellung weniger zu tun; denn sie richtet sich selbstverständlich nicht gegen das Sieben der Greuelgeschichten, sondern sie bemängelt, daß der „Vorwärts" „in der Regel das Verhalten unsrer Gegner entschuldigt, Entgleisungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert". Soweit das geschehen, ist es bedauerlich; es darf auch wohl erwartet werden, daß die Redaktion des „Vorwärts" trotz der Resolution der Preßkommission sich bemühen wird, ihr Gerechtigkeitsgefühl dem Gegner gegenüber nicht so weit zu treiben, daß es zur Ungerechtigkeit gegenüber den eigenen Volksgenossen wird. Schließlich geben wir noch dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß Auseinandersetzungen, wie die hier berührte, in der jetzigen Zeit möglichst vermieden werden.

# Berichte aus den Zahlstellen.

**Dresden.** Eine recht eigenartige Auffassung über den angekündigten Burgfrieden legt der Betriebsleiter der Druckfarbenfabrik der Firma E. T. Gleitsmann in Dresden, Herr Dr. Rübenkamp, an den Tag. In genanntem Betriebe wurde kurz nach der Mobilmachung der gesamten Arbeiterschaft gekündigt und durch Anschlag bekanntgegeben, daß bei Bedarf einzelne Leute für einen Stundenlohn von 40 Pf. beschäftigt werden könnten. Diese Maßnahme erregte damals bereits den Unwillen der gesamten in Betracht kommenden Arbeiterschaft. Die Erregung war berechtigt, denn die Festsetzung des Stundenlohnes bedeutete vor allen Dingen für die älteren Arbeiter, die vorher teilweise einen Wochenlohn bis zu 35 Mark hatten, einen ganz gewaltigen Abzug. Die Firma scheint das eingesehen zu haben, denn als ein größerer Bedarf an Arbeitskräften entstand, wurde der jeweilige Wochenlohn in Stundenlohn umgerechnet, so daß wenigstens bei vollen Wochen ein Lohnausfall nicht zu bezeichnen war. Bei dieser Berechnung hatte man aber unterlassen, die Wochenfeiertage zu berücksichtigen, und als nun das Reformationsfest und der Bußtag kamen, zog wiederum mancher ein langes Gesicht, denn die Wochenfeiertage waren abgezogen.

Nunmehr wandte sich ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft an den Verband, der zunächst veranlaßte, daß der Arbeiterausschuß zwecks Abstellung des gerügten Mißstandes vorstellig wurde. Der Ausschuß wurde von Herrn Dr. Rübenkamp auch empfangen, es wurde ihm jedoch sofort bedeutet, daß er zwar mit Herrn Gleitsmann reden wolle, aber Aussicht auf Abstellung sei nicht vorhanden. Wenn er Inhaber des Betriebes wäre, so würde er den früheren Zustand unter keinen Umständen wieder einführen. — Der Ausschuß sollte Bescheid erhalten. — Als der Ausschuß nach einigen Tagen wieder vorsprach, bekam er zur Antwort, daß die Sache noch nicht erledigt sei, und im übrigen sei mit einer Aenderung nicht zu rechnen, denn — das Rizinusöl sei teurer geworden. Der Arbeiterschaft riß nunmehr die Geduld und sie beauftragte die Verbandsleitung, sich schriftlich an die Firma zu wenden. In einem durchaus sachlich und höflich gehaltenen Schreiben, wie das bei uns selbstverständlich ist, wurden die Wünsche der Arbeiterschaft vorgetragen und die Bitte daran geknüpft, den Wünschen entsprechen zu wollen. — Dieser Brief brachte den Herrn Dr. Rübenkamp ganz gehörig in Harnisch; er fauchte den Briefschreiber in einer Art und Weise an, wie sie sonst unter gebildeten und höflichen Leuten nicht üblich ist. Einige dem Brief entnommene Sätze mögen das belegen:

„Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß ein Teil meiner Arbeiterschaft es wieder für richtig befunden hat, von seiten Ihres Verbandes eine Einwirkung auf die in meiner Fabrik bestehenden Anstellungsbedingungen zu veranlassen.

Meine Antwort auf Ihre Zuschrift kann, wie früher, nur dahin lauten, daß ich es immer ablehne, irgendwelche außerhalb meiner Arbeiterschaft stehende Personen oder Organisationen in Verhältnisse hineinreden zu lassen, Personen, die die Beweggründe für meine Handlungsweise gar nicht zu beurteilen in der Lage sind."

Also erst wird der Ausschuß mit leeren Redensarten abgespeist, und wenn dann die beauftragte Vertretung der Arbeiterschaft sich ins Mittel legt, dann wird gesagt, die in Frage kommenden Personen wären nicht in der Lage, die Beweggründe des Herrn Dr. Rübenkamp zu beurteilen. Nun, die Beweggründe scheinen zwar dunkel, sind es in Wirklichkeit nicht. Wir haben schon zu oft mit der Firma Gleitsmann zu tun gehabt, so daß es uns ein leichtes ist, den Grund der Handlungsweise zu erraten. Wir glaubten jedoch annehmen zu können, daß die Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt würden, denn die Vereinbarungen sind erst im vorigen Jahre getroffen, und auf der andern Seite kann man wohl von einem Fabrikanten, der in öffentlichen Unterstützungs-Organisationen mitwirkt, erwarten, daß er das Los der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiterschaft auskömmlich gestaltet. Wir sind aber auch nicht sehr enttäuscht, wenn uns die Unternehmer immer wieder zeigen, daß sie in Wirklichkeit einen Burgfrieden überhaupt nicht wollen.

Diesem Betrieb würdig an die Seite stellt sich die Koswiger Tapetenfabrik. Wir wiesen bereits einmal darauf hin, daß die Firma nach Ausbruch des Krieges alle Beschäftigten entließ und dann die verheirateten Männer für einen Stundenlohn von 30 Pf. beschäftigte. Damals bestritt die Firma unsre Feststellung und behauptete, nicht eine Entlohnung, sondern eine Unterstützung zu gewähren, für welche aber die Arbeiterschaft aus Dankbarkeit einige Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten verrichten sollte. (Wer's damals geglaubt hat, ist inzwischen selig geworden.) Vor einiger Zeit nun ist der Betrieb teilweise wieder aufgenommen worden; aber die alten Lohnverhältnisse sind außer Wirksamkeit gesetzt. Daß die Drucker nicht mehr im Akkord, sondern für einen Stundenlohn von 50 Pf. arbeiten, erwähnen wir nur der Vollständigkeit halber. Einigen Männern ist ein Abzug von 2½ Pf., einem andern ein solcher von 5 Pf. pro Stunde zugemutet worden. Die Stundenlöhne der Frauen und Mädchen, die vor Ausbruch des Krieges 18 bis 24 Pf. betrugen und welche durch teilweisen Akkorde noch erhöht wurden, sind für Mädchen auf 15 Pf. und für Frauen auf 18 Pf. pro Stunde festgesetzt worden. In der ersten Woche war auch teilweiser Akkord versprochen. Es ist auch so gearbeitet worden, aber die Auszahlung der Akkordvergütung ist bis jetzt unterblieben. Und dabei ist die Firma nicht den im „Proletarier" genannten Beschlüssen des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten untergeordnet, sondern sie kann schalten und walten, wie es ihr beliebt. Wir wußten allerdings schon immer, daß die Unternehmer, ob organisiert oder Außenseiter, sich in allem gleich bleiben. Der Abzug in der Tapetenfabrik war übrigens nur möglich infolge der Zersplitterungsmöglichkeit einer gewissen Auch-organisation.

# Unser Verband in der 17. Kriegswoche.

Die Beteiligung an unsrer Wochenstatistik ist erfreulicherweise in letzter Zeit besser geworden. Für die Woche vom 22. bis 28. November haben 366 Zahlstellen berichtet. In diesen Zahlstellen änderte sich der Mitgliederstand seit Ausbruch des Krieges wie folgt:

| | Männl. | Weibl. | Zus. |
|---|---|---|---|
| Mitglieder am 1. August | 161 821 | 22 648 | 184 469 |
| Davon zum Heere eingezogen | 47 451 | — | 47 451 |
| Es blieben übrig | 114 370 | 22 648 | 137 018 |
| Am 28. November hatten die berichtenden Zahlstellen Mitglieder | 104 697 | 20 033 | 124 730 |
| Mithin sind ausgeschieden, gestorben usw. | 9 673 | 2 615 | 12 288 |

Von dem Rückgang der Mitgliederzahl sind alle Gaue des Verbandes betroffen. Er ist nicht überall gleichmäßig, aber verschont hat er keinen Bezirk. Jedoch haben nicht alle Orte Rückgang zu verzeichnen. Vielmehr haben mehrere Zahlstellen, teils durch Zureisen, teils durch Neuaufnahmen, Mitgliederzuwachs. In den letzten Wochen, in denen sich die Besserung auf dem Arbeitsmarkt stärker bemerkbar machte, hat die Werbetätigkeit des Verbandes allgemein kräftiger eingesetzt und auch schon Erfolge erzielt. Hoffentlich dauert diese günstige Entwicklung an! — In der nachfolgenden Tabelle sind die Verhältniszahlen für Arbeitslose und Eingezogene für alle Kriegswochen zusammengestellt. Ebenso die absoluten Zahlen für den ganzen Verband, die nach dem Ergebnis aus den berichtenden Zahlstellen errechnet sind. (Für die in Klammern gesetzten Zahlen siehe die Erläuterung im vorigen Wochenbericht!)

| Berichtstag | Arbeitslos insgesamt | Arbeitslos von je 100 Mitgliedern | Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt | Zum Kriegsdienst eingezogen von je 100 männlichen Mitgliedern |
|---|---|---|---|---|
| 9. August | 17 663 | 8,5 | 34 388 | 19,2 |
| 16. „ | 23 810 | 11,5 | 38 808 | 21,0 |
| 23. „ | 24 476 | 11,8 | 40 283 | 22,6 |
| 30. „ | 27 768 | 12,9 | 45 510 | 25,2 |
| 5. September | 23 788 | 11,5 | 44 429 | 24,6 |
| 12. „ | 22 242 | 10,7 | 45 706 | 25,8 |
| 19. „ | 19 136 | 9,7 | 46 720 | 25,9 |
| 26. „ | 19 001 | 9,6 | 47 243 | 26,0 |
| 2. Oktober | 17 329 | 8,3 | 48 875 | 26,4 |
| 9. „ | 13 711 | 6,6 | 49 117 | 26,6 |
| 16. „ | 13 326 | 6,4 | 49 809 | 27,3 |
| 24. „ | 12 421 | 6,0 | 49 843 | 27,3 |
| 31. „ | 10 995 | 5,3 | 51 166 | 28,2 |
| 7. November | 9 233 | 6,3 (4,5) | 51 561 | 28,4 |
| 14. „ | 8 964 | 6,2 (4,3) | 52 138 | 28,7 |
| 21. „ | 7 888 | 5,5 (3,8) | 52 732 | 29,0 |
| 28. „ | 7 031 | 5,0 (3,4) | 53 382 | 29,3 |

Infolge des offenen Wetters und der weiteren Einziehung zum Kriegsdienst ist die Arbeitslosigkeit noch weiter zurückgegangen. Bei den männlichen Mitgliedern betrug sie am Berichtstage nur noch 3,5, bei den weiblichen dagegen noch 12,7 vom Hundert. Die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen steigt regelmäßig weiter.

# Verbandsnachrichten.

**Vom 1. Dezember an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**

Nienburg a. d. W. 40,—. Lehrte 20,—. Itzehoe 800,—. Görlitz 200,—. Konstanz 90,—. Brieg 200,—. Kinsau 7,61. Haynau 0,80. Berlin, Blumenarbeiter 470,80. Liegnitz 200,—. Norwegen Dr. Ellinor Drösser 8,—. H. N. 50,—. Darmstadt 300,—. Kalbe a. d. S. 60,25.

**An Versicherungsbeiträgen gingen ein:**

Belten i. d. M. 34,25. Wurzen 23,80. Egeln 4,95. Stettin 191,50. Döbeln 15,—. Osterode a. H. 8,15. Fürstenwalde 1,05. München 232,15. Neustadt a. d. A. 1,40. Zittau 7,75. Fürstenberg 6,90. Liegnitz 11,50. Bützow 9,90. Hanau 7,55. Erlangen 1,30. Arnstadt 15,—. Frankfurt a. d. O. 9,50.

**Schluß: Montag, den 7. Dezember, mittags 12 Uhr.**

**Eingegangene Zahlstelle:** Visselhövede.

## Neue Adressen und Adressenänderungen.

**Altrip.** Schweikert streichen.

**Goslar.** Fritz Helmbrecht, Kettenstraße. Herm. Block, Liebfrauenberg 1.

**Harzburg.** Max Förster, Bündheim, Schulstraße.

**Kreuz.** Julius Klatt, Groß-Lübs bei Kreuz a. d. Ostbahn.

**Lübbecke.** H. Lammermann, Tonstr. 2.

**Redenfelden.** Georg Hopfgartner, bei Holzhauser, Raubling.

**Schwaan.** A. Kausch, Friedrichsgabe 658a.

**Straßburg.** 1. Bevollmächtigter August Felz, Kordonngasse 3, 2. Et.